Zeitschrift: Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire

Herausgeber: [s.n.]

Band: 16 (2009)

Heft: 1

Rubrik: Literatur zum Thema = Comptes rendus thématiques

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Literatur zum Thema
Comptes rendus thématiques

Elia Zureik, Mark B. Salter (Hg.)
Global Surveillance and Policing
Borders, Security, Identity

Willan Publishing, Uffculme 2005, 259 S., £ 23.–

Die programmatischen Ansprüche des Sammelbands *Global Surveillance and Policing. Borders, Security, Identity* sind hoch gesteckt. Wie die Herausgeber Elia Zureik und Mark B. Salter in ihrer Einleitung darlegen, geht es um nichts geringeres, als die Konturen des globalen Mobilitätsregimes der Gegenwart zu ermitteln. Zentrale Bedeutung kommt dabei der Neubestimmung der Grenze zu. Grenzen mögen schon lange ein privilegierter Eingriffspunkt zur Identifizierung der Passanten, zur Überwachung der Bewegungen und zur Sicherung der Gemeinschaft gewesen sein. Doch aktuell scheint die Grenze ihren Ort verloren zu haben. Sie findet sich abgelöst von den Rändern des Staatsgebiets, vervielfältigt innerhalb und ausserhalb der Territorien. Die Regulierung globaler Mobilität entlang derart dislozierter Grenzverläufe gerät zum Projekt einer polizeilichen Weltinnenpolitik, die im militärischen Feind den Verbrecher und im kriminellen Verbrecher den Feind sieht. Das selbst erklärte Ziel des Bands ist es, sich dieser neuartigen Konstellation von Grenzsicherung und Mobilitätskontrolle zu widmen: sie konzeptuell zu ordnen, theoretisch aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven zu durchdringen und in empirischen Fallstudien zu entfalten.

Sowohl die Programmatik der Anthologie als auch ein Grossteil der einzelnen Beiträge eröffnet damit einen Resonanzraum, in dem einige der derzeit interessantesten sozialwissenschaftlichen Debatten ihren unüberhörbaren Widerhall erzeugen. So verweist die Frage nach aktuellen Formen des *policing* auf die Diskussion um eine *New Police Science,* wie sie vor allem von Mariana Valverde und Markus Dubber initiiert wurde. Unter Bezugnahme auf Michel Foucaults Behandlung der frühmodernen *Policeywissenschaft* möchte man die illiberalen Züge der gegenwärtigen Regierungspraktiken akzentuieren. Einem ähnlichen Impuls folgen auch Vertreter der *Security Studies,* wenn sie die Transformation des disziplinargesellschaftlichen Panopticon in ein souveränes «Bann-Opticon» (Didier Bigo) feststellen. Ihnen geht es darum, den Blick für Sortiervorgänge der sozialen Inklusion/Exklusion zu schärfen. Dabei werden zwei komplementäre Aspekte der derzeit bestehenden Überwachungsapparaturen besonders intensiv diskutiert. Zum einen haben Autoren wie Richard Ericson und Kevin Haggerty darauf aufmerksam gemacht, dass sich Identitätskonstruktionen in zunehmenden Masse von der konkreten Person abgelöst finden. Die Person erfährt ihre Transformation in ein Daten-Double, welches Verfahren der Risikokalkulation unterworfen wird. Zum anderen stellen Autoren wie William Walters oder Eyal Weizman die spezifisch soziale Materialität der Mobilitätskontrolle in den Mittelpunkt ihrer Studien. Aus ihrer Sicht muss die sozialwissenschaftliche Analyse insbesondere die territorialen Strategien, technologischen Verkörperungen und architektonischen Einschreibungen berücksichtigen.

Doch wie genau wird dieser Reichtum an Anschlüssen, den der Sammelband ansteuert, im Einzelnen genutzt? Der

emeritierte MIT-Professor Gary T. Marx eröffnet den Reigen an Texten, die sich der Erkundung neuartiger Grenzregime verschrieben haben. Auf die Frage, wie aktuelle Kommunikations- und Überwachungstechniken die Beschaffenheit von Grenzen verändern, antwortet Marx jedoch leider nur mit Impressionistik. Er springt von «nationalen Grenzen» zu «persönlichen Grenzen», von «organisatorischen Grenzen» zu den «Grenzen zwischen gut und böse», von «Klassengrenzen» zu den «Grenzen von Gefängnismauern» – und endet letztlich bei der kompletten Entleerung seiner Leitkategorie. Zwar lautet sein Titel *Some Conceptual Issues in the Study of Borders and Surveillance,* gerade konzeptuell ist sein Text allerdings eine Enttäuschung. Instruktiver erscheint der Beitrag von Katja Franko Aas *Border Technologies and the Changing Space of Government.* Denn ihr gelingt es immerhin, das gespaltene Verhältnis der aktuellen Regierungsstrategien zu rigiden Formen der Grenzkontrolle zu umreissen: auf der einen Seite erfahren Grenzen eine massive *securitization* und sollen eine geradezu festungsgleiche Dichte aufweisen; auf der anderen Seite müssen Grenzen aber auch durchlässig sein, um die globale Zirkulation von Waren, Touristen, Informationen und Arbeitskräften nicht zu blockieren.

Sobald man diese unauflösliche Spannung verstanden hat, kann man mit Hélène Pellerin Ergänzungen anbringen oder mit Mark B. Salter ins Detail gehen. Pellerin weist in ihrem Text *Towards a New Political Economy of Borders* zu Recht darauf hin, dass Grenzen zumeist stillschweigend auf ihren politisch-juridischen Charakter reduziert werden. Unterstützung findet diese Normalsicht in einem sozialen Imaginären, das die Ökonomie im Gegensatz zur Politik als ein deterritoriales und damit grenzenloses Gebilde porträtiert. Dagegen müsse man die Reterritorialisierung des ökonomischen Raums im Zuge seiner Absicherung beachten. Pellerin untersucht hier insbesondere den Schengenraum der EU sowie die Grenzgebiete der NAFTA, gelangt in ihrer Analyse allerdings nicht wirklich in die Tiefe. Zwar verspricht auch Salters Titel *At the Threshhold of Security: A Theory of International Borders* eindeutig zu viel, seine Konzentration auf den Flughafen macht aber Sinn. Nirgendwo sonst ist die oft konstatierte Dislokation der Grenzen so greifbar, kaum an einem anderen Ort trifft die souveräne Entscheidung über Einlass oder Abweisung so direkt auf die gouvernementale Notwendigkeit, Mobilität zuzulassen. Zudem entwirft Salter eine äusserst anregende Heuristik. Er schlägt vor, die Bewegung am Flughafen nach dem Modell der Rites de Passage zu analysieren: die Passagiere überqueren demnach Schwellen, welche durch architektonische Arrangements, durch quasipastorale Geständnisprozeduren an Checkpoints sowie durch Praktiken der «Hyperdokumentation» gekennzeichnet sind.

Der zuletzt genannte Aspekt verweist auf einen thematischen Strang, der mit der Problematik der Grenze eng verbunden ist: die Frage der Identifikation. Während John Torpey mit seiner Monografie *The Birth of the Modern Passport* eine wichtige Studie zu diesem Forschungsbereich vorgelegt hat, gibt sein Beitrag *Imperial Embrace? Identification and Constraints on Mobility in a Hegemonic Empire* Rätsel auf. Er möchte am Fall der USA klären, ob der «identifizierende Staat» eine Entwicklung aufweist, welche die Rede von einem «Empire» rechtfertigt. Torpey hält dafür eine Auseinandersetzung mit dem gleichnamigen Werk von Michael Hardt und Antonio Negri für unnötig und rekurriert lieber ausführlich auf diverse journalistische Artikel zum Anwachsen der Gefängnispopulation, zur Privatisierung des Militärs oder zur Folter in Abu Ghraib. Der Leser erfährt so jedoch nichts, was er nicht

schon aus der Zeitung wüsste. Fokussierter scheint da zunächst der Text von Benjamin J. Muller, *Borders, Bodies and Biometrics*. Muller kündigt eine Diskursanalyse von Leitfäden zur Implementierung biometrischer Technologien an, wobei ihn die Frage umtreibt, welche politische Vision diese «Biometrie-Literatur» unterbreitet. Doch obwohl als Projekt vielversprechend ist sein Vorgehen nicht nur begrifflich unausgereift. Auch das Ergebnis der recht knappen Materialanalyse – nämlich dass die Literatur den «politischen Raum der Biometrie» auf den «Raum der Datenbanken» reduziere – bedürfte der Erläuterung. Vor diesem Hintergrund ist es dann eine fast ironische Koinzidenz, wenn David Lyon in seinem Beitrag *The Border is Everywhere: ID Cards, Surveillance and the Other* dazu auffordert, den Blick auf die Datenbanken «hinter» den intelligenten Ausweisen der Gegenwart zu richten. Denn die *ID Cards* der neusten Generation authentifizieren nicht einfach nur ihre Träger, sondern erlauben die gleichzeitige Formierung und Überwachung von Identitäten in polizeilichen, administrativen und ökonomischen Transaktionen.

Angesichts der Vielfalt der Beiträge fällt ein umfassendes Urteil über die Textsammlung nicht leicht. Ihr Verdienst ist es, dass sie den Stand einer Debatte abbildet, die derzeit zwischen Soziologen, Politologen und Kriminologen geführt wird. Dass dabei die Qualität der Beiträge heterogen ist, haftet der Institution des Sammelbands wohl unablösbar an. Ein zentrales programmatisches Ziel verfehlt das Buch jedoch durchweg: die konzeptuelle Durchdringung des Gegenstands. Die Zeit für eine theoretische Arbeit an den Begriffen wäre längst reif.

Sven Opitz (Basel)

Patricia Purtschert, Katrin Meyer, Yves Winter (Hg.)
Gouvernementalität und Sicherheit
Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault

Transcript, Bielefeld 2008, 260 S., € 25,80

«Sicherheit» hat in den Medien und als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung Hochkonjunktur. Vor dem Hintergrund der Ereignisse des 11. September 2001 könnte der Eindruck entstehen, dass sicherheitspolitische Massnahmen wie Terrorismusbekämpfung, Krieg, Asylpolitik oder Überwachungs- und Kontrolltechnologien ein völlig neues Sicherheitsdispositiv errichten würden. Im vorliegenden Sammelband «Gouvernementalität und Sicherheit» wird der Versuch unternommen, die aktuelle Sicherheitsproblematik in einen grösseren analytischen Zusammenhang zu stellen und mithilfe der Schriften Michel Foucaults zu analysieren. Die 2004 erschienene zweibändige *Geschichte der Gouvernementalität,* in der sich Foucault mit «Sicherheit, Territorium, Bevölkerung» und der «Geburt der Biopolitik» befasst, bildet dafür den theoretischen Bezugrahmen.

Der handliche Sammelband wurde von den Basler PhilosophInnen Patricia Purtschert, Katrin Meyer und Yves Winter herausgegeben und ist in der Reihe Sozialtheorie des Bielefelder Transcript Verlags erschienen. Auf 255 Seiten versammelt er neun Beiträge von zwölf AutorInnen aus Basel, Berkeley, Berlin, Hamburg und London.

In der Einleitung gehen die HerausgeberInnen von der These aus, dass Sicherheit als Leittechnik liberaler Staatlichkeit verstanden werden müsse und «als *die* Rationalisierungstechnik moderner Macht» (8) funktioniere. Sie begreifen Sicherheit als staatliche Regierungstechnik und regen an, die «Gesamtökonomie der Macht» auf den Sicherheitsbegriff hin zu

interpretieren. Dies ist keine leichte Aufgabe, denn Sicherheit stelle in Foucaults Gouvernementalitätsanalyse zwar einen Schlüsselbegriff dar, bleibe aber schwer fassbar und definitorisch unterbestimmt.

Doch gerade diese für Foucault typische Unschärfe hält sein Werk offen für vielfältige Interpretationen und Anwendungen, was sich bereits an der thematischen Fülle der Beiträge ablesen lässt. Sie behandeln die Themen Folter und Rechtsstaatlichkeit (Susanne Krasmann), neue Kriege (Yves Winter), den Umgang mit biologischen Bedrohungen (Filippa Lentzos und Nikolas Rose) und Migration (Katrin Meyer und Patricia Purtschert). Mit dem Verhältnis von Geschlecht und neoliberaler Sicherheitspolitik befassen sich sowohl der Beitrag von Katharina Pühl zu Entgarantierungstendenzen in der Sozialpolitik als auch jener von Katherine Lemon zum Zusammenhang von Gouvernementalität und Religion im postkolonialen Indien. Dominique Grisard untersucht antiterroristische Sicherheitsdiskurse der Schweiz in den 1970er-Jahren, Sven Opitz analysiert anhand des Konzepts der *securization* die Verbindung von Liberalität und Gewalt, während Alex Demirović nach dem Verhältnis von Freiheit und Sicherheit fragt. Aus Platzgründen werden im Folgenden lediglich drei Beiträge exemplarisch etwas ausführlicher dargestellt.

Filippa Lentzos und Nikolas Rose von der *London School of Economics and Political Science* analysieren aktuelle Szenarien der Gefahrenabwehr von «Bioterrorismus» in Frankreich, Deutschland und Grossbritannien. In Frankreich stehe die «Notfallplanung» *(contingency planning)* im Vordergrund und in Deutschland eine Patronage, welche die AutorInnen als «Schutz» *(protection)* bezeichnen. Beide Strategien würden stark an ältere gouvernementale Praktiken anschliessen. Im Gegensatz dazu sei die Strategie der «Resilenz» *(resilience)* des britischen Innenministeriums besonders aufschlussreich. «Resilenz» bezeichne die Fähigkeit von Systemen, Schock- oder Katastrophensituationen unbeeinträchtigt zu überstehen. Fehler bedeuteten in dieser Logik nicht etwa den Zusammenbruch eines Systems, sondern seien ein Hinweis auf unvermeidliche Anpassungsprozesse an eine komplexe Realität. Resilenz ziele deshalb darauf ab, Störungen zu antizipieren und zu tolerieren, ihnen standzuhalten und sich zu regenerieren. Lentzos und Rose gelingt es, die umfassende Bedeutung des Konzepts herauszuarbeiten, indem sie zeigen, dass, im Gegensatz zum «Big-Brother-Staat», die Logik von Resilenz darauf hinausläuft, einen «subjektiven und systematischen Zustand herzustellen, der alle und jeden befähigt, auch in einer Welt voller Risiken frei und vertrauensvoll zu leben». (99)

Katharina Pühl beschreibt, wie in Deutschland gegenwärtig eine Neudefinition sozialer Sicherheit propagiert werde, die zu einem «individualisierten, von gesellschaftlicher Solidarität entkernten Verständnis wettbewerbsmässig organisierter sozialer Beziehungen» führe. (104) Weil in Foucaults Theorie kein ausdrücklicher Anknüpfungspunkt für feministische Analysen formuliert sei, müsse eine feministische Kritik den geschlechtsspezifischen Anteil unternehmerischer Rationalitäten und deren Risiken erst herleiten. Pühl erkennt diese in den «paradoxen Effekten» der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, welche aus einem «Mix aus Entfamiliarisierungs- sowie Re-Familiarisierungstendenzen» (118) bestehe. So sei durch den Sozialstaat zwar die Norm des Familienernährermodells geschwächt worden, die aktive Arbeitsmarktbürgerin habe jedoch immer noch empfindliche Benachteiligungen in der sozialen Absicherung zu gewärtigen. Von einer eigenständigen sozialen Sicherung für Frauen ausserhalb von Ehe und revidierter Familienernährernorm könne bislang keine Rede sein.

Katrin Meyer und Patricia Purtschert untersuchen die aktuelle europäische und schweizerische Migrationspolitik, die entsprechend Foucaults Begrifflichkeit nicht mehr am Machttypus des Souveräns mit seinen Ge- und Verboten, sondern an jenem der Gouvernementalität ausgerichtet sei. Im Zentrum des neuen, in ökonomischer Logik verfahrenden *Migrationsmanagements* stehe denn auch nicht mehr der traditionelle Flüchtlingsbegriff, sondern MigrantInnen, die ihr Humankapital optimieren würden.

Der vorherrschenden Unterscheidung von regulärer und irregulärer Migration entsprechen gemäss den Autorinnen unterschiedliche Regimes von sanfter Regulierung und harten repressiven Massnahmen, wie den schweizerischen «Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht». Fällt aber damit die gouvernementale Regierung nicht wieder in den Modus souveräner Herrschaft zurück? Meyer und Purtschert sehen darin keinen Anachronismus, sondern eine «doppelte Logik des Migrationsmanagements», (165) die ein Innen und ein Aussen der Gouvernementalität etabliere. Erst diese Grenzziehung produziere eine Bevölkerung, die als innere Einheit erscheinen könne, weil ihr als äussere Gefahr die Nichtbevölkerung gegenüberstehe. Die Unterscheidung in reguläre und irreguläre Migration begründe folglich eine «konstitutive Gewalt des Migrationsmanagements». (169) Deren stärkste Form bestehe darin, dass irreguläre MigrantInnen keine Rechtssubjekte werden können.

Der Sammelband zeichnet sich durch seine thematische Breite ebenso aus, wie durch das anspruchsvolle argumentative Niveau. Aus sozialgeschichtlicher Perspektive wäre es wünschbar gewesen, wenn die zum Teil etwas theorielastigen Beiträge ihre Argumente mehr anhand konkreter Beispiele belegt hätten. Insgesamt überwiegt jedoch der Eindruck, dass die Betonung ökonomischer Prinzipien liberaler Regierungskunst in Foucaults Gouvernementalitätstheorie einen unverbrauchten Ansatz für eine Kritik an kapitalistischen Machtverhältnissen darstellt. Für eine geschichtswissenschaftlich orientierte Sozialtheorie liegt darin eine Chance, die Wirkungsmacht ökonomischer und materieller Bedingungen vermehrt in den Blick zu nehmen.

Konrad Weber (Zürich)

Alf Lüdtke, Michael Wildt (Hg.)
Staats-Gewalt
Ausnahmezustand und Sicherheitsregimes. Historische Perspektiven

Wallstein, Göttingen 2008, 352 S., € 20,–

Der Begriff des Ausnahmezustands verweist auf die Dynamiken von staatlicher Gewalt jenseits rechtlicher Kontrolle oder Begrenzung. Spätestens seit der Einrichtung des exterritorialen Lagers von Guantánamo durch die USA, der Ausbreitung der Abschiebehaft in Europa und der Einschränkung liberaler Grundrechte im Namen der Terrorbekämpfung hat diese Problematik staatlicher Gewalt und rechtlicher Suspension eine erneute, drängende Aktualität. Giorgio Agambens rechtsphilosophische Argumentation über das Lager als Signatur der Moderne bildet seit einigen Jahren einen Kristallisations- und Ausgangspunkt der Debatte. Auch der vorliegende Band knüpft an Agambens Thesen zur juridisch-politischen Problematik staatlicher Gewalt an. Aber die unterschiedlichen Beiträge verfolgen in ihrer Gesamtheit doch ein anderes Ziel. Die Einleitung macht bereits deutlich, dass es darum geht, den Ausnahmezustand jenseits seiner konstitutionellen Fassung zu diskutieren, um die Frage von Gewalt und politischer Macht breiter in den Blick zu nehmen. Mit dieser Bewegung verbindet

sich sicherlich eine Stärke dieses Bands, auch wenn die Öffnung der dezidiert rechtlichen Problematik des Ausnahmezustands zur allgemeineren Frage von politischer Gewalt und Macht auch Nachteile bergen mag. Zunächst aber überwiegen die Vorteile: Die Beiträge zeigen auf, wie die Ausübung von Gewalt jenseits der Norm als Teil von institutionellen Machtgefügen *und* als Transformationsmoment eines politischen Terrains begriffen werden kann. In der Tat lassen sich die einzelnen Arbeiten, die unterschiedlicher nicht sein könnten, erstaunlich gut im Hinblick auf diese Perspektiven hin diskutieren: Auch wenn sie von der Analyse des kolonialen Staats in Kenia bis zur frühneuzeitlichen *Policey,* vom Naziregime zur Präsidialdemokratie reichen, eint sie der differenzierte und differenzierende Blick auf die Formen politischer Macht und die Dynamik der Transformation, die dem Ausnahmezustand unterliegen.

Als paradigmatisch für die Verschiebung der Blickrichtung von einer rein rechtlichen Betrachtung des Ausnahmezustands zu einer politisch-institutionellen Perspektive steht der Beitrag von William E. Scheuerman. Die drohende Entgrenzung staatlicher Macht durch die Ausrufung eines konstitutionellen Ausnahmezustands sei weder mit rechtsstaatlichen Begriffen zureichend zu erklären noch mit rechtlichen Konstruktionen zu kontrollieren, so Scheuermans These. Man müsse den institutionellen Kontext einer Präsidialdemokratie als entscheidendes Element in der Dynamik entgrenzter Staatsmacht begreifen. Scheuerman diskutiert überzeugend die Grenzen juridischer Konstruktionen der Kontrolle und macht deutlich, wie das Präsidialsystem eine politische Figur jenseits des politischen Prozesses der Kontrolle symbolisch und institutionell stützt. Nicht die Kontrolle durch die Judikative, sondern durch Mechanismen der Legislative sei deshalb geeignet, diese Dynamiken von entgrenzter Staatsgewalt zu entschärfen.

Auf ganz andere Art aber in ähnlicher Stossrichtung argumentiert Michael Wildt in seinem Beitrag für eine politisch-institutionelle Perspektive. Er verweist darauf, dass der rechtliche Ausnahmezustand, der vom Naziregime ausgerufen wurde, als Element einer Reorganisation politischer Macht betrachtet werden sollte. Der *Nationalsozialismus als Ermächtigungsregime,* wie der Untertitel seines Textes pointiert, bewirkt jene Transformation durch die *spezifischen* Regularien des Ausnahmezustandes, die eine Zentralisierung der Macht und eine Aushebelung des parlamentarischen Regimes etablieren. Der Ausnahmezustand parallelisierte die bürgerliche Rechtsordnung im Bereich von Straf-, Eigentums oder Vertragsrecht mit einem «Massnahmenstaat» (Ernst Fraenkel) ohne rechtliche Kontrolle. Michael Wildt schlägt dabei erfreulicherweise den Bogen zur spezifisch rechtlichen Qualität des Ausnahmezustandes zurück: Er zeigt, wie die rechtliche Unsicherheit die Demonstration völkischer Zugehörigkeit anheizt und daher wie ein Ermöglichungsraum für Gewalt funktioniert.

Das Moment der Transformation politischer Ordnung durch die Ausnahme von tradierten Normen ist der zentrale Fokus in dem Text von Achim Landwehr zur frühneuzeitlichen *Policey.* Diese polizeiliche Verordnungspraxis musste sich selbst als permanente Ausnahme begreifen, weil sie im Hinblick auf die angenommene Perfektion der göttlichen Ordnung immer schon eine paradoxe Existenz hat. Unter dem Deckmantel einer Wiederherstellung von Ordnung wird in der polizeilichen Verordnungspraxis eine Transformation des Regulations- und Wirklichkeitsverständnisses eingeleitet, so Landwehr. Denn eine zunehmend pragmatisch-ökonomische Begründungslogik, welche die politische Normsetzung verlangt und auf

die Zukunft ausrichtet, wird in der permanenten Ausnahme der *Policey* verstetigt. Die Ausnahme ist damit ein Ort der Normenbildung und Teil der Verschiebung des politischen Terrains. Wie auch Michaele Hokamp in ihrem Beitrag aufzeigt, erlaube gerade die öffentliche Formlosigkeit politischer Macht jenseits der tradierten Rituale solche Transformationen.

Die Texte von Andreas Eckert und Gadi Algazi fügen der politisch-institutionellen Lesart des Ausnahmezustandes und seiner Transformationsmacht eine weitere aufschlussreiche Facette hinzu. Mehr als die anderen Beiträge fokussieren sie auf entgrenzte politische Gewalt als Teil eines spezifisch kolonialen Machttypus. Andreas Eckert erinnert daran, dass der britische Kolonialismus in Kenia das Arsenal staatlicher Gewalt und die Aufhebung der Grundrechte bis zum Exzess praktizierte. Diese Exzesse gehörten zu einer Ökonomie der kolonialen Macht, die keine Mittel und Ressourcen hat, um im gesamten Territorium präsent zu sein, und deshalb auf Informalität und strategische Gewalt als Teil ihrer selbst setzte. Gadi Algazi wählt ebenfalls den Kolonialismus als Rahmen. Ihr geht es allerdings nicht um das koloniale Afrika, sondern um die politische Machtform, die hinter der Verstetigung des israelischen Ausnahmezustandes seit 1948 liege. Das Selbstverständnis, eine *colonial frontier* zu bilden, führe zu der Weigerung, territoriale und normative Grenzen eindeutig zu definieren und die Einschränkung des Rechts gelten zu lassen. Die konflikthafte Anbindung an die Siedler als ausgelagerter aber instrumenteller Teil dieser kolonialen Formation mache die Fragmentierung und Auslagerung von Kontrollpraktiken zum Herzen einer niemals einheitlichen politischen Maschine. Gerade die Willkür, die an den mittlerweile 546 Strassensperren, Pforten und Checkpoints walte, sei Teil einer Kontrolle, die nicht mehr die Verantwortung für ihre Folgen übernehmen muss. Es handele sich, so der spekulative Ausblick, vielleicht um eine neue territoriale Macht, die mehr mit *containment* als mit Regierung zu tun hat.

Insgesamt ist die thematische Vielfalt der Texte diese Bands bereichernd und aufschlussreich. Die Untersuchung historischer Präzedenzfälle sowie die Analyse unterschiedlichster politischer und kultureller Kontexte zeigen auf, dass Ausnahme und Gewalt Teil der modernen Normalität ist, die eine Herausforderung für die historische und soziologische Analyse bedeutet. An dieser Normalität lässt sich etwas über die Machtformen und ihre möglichen politischen Kontrollen lernen. Das Anliegen dieses Bands, den Ausnahmezustand nicht in erster Linie als rechtliche Konstruktion zu begreifen, ist in diesem Sinn erhellend – aber sie enthält auch die Aufgabe, den Anschluss an die schon bestehenden Debatten zu politischer Gewalt und Macht deutlicher zu suchen. Dieser Umstand wurde sicherlich nicht ausreichend reflektiert. Davon unabhängig lassen sich die Beiträge mit Gewinn lesen.

Ute Tellmann (Basel)

Susanne Krasmann, Jürgen Martschukat (Hg.) **Rationalitäten der Gewalt** Staatliche Neuordnungen vom 19. bis zum 21. Jahrhundert

Transcript, Bielefeld 2008, 294 S., € 26,80

One of the legacies of the Enlightenment in modern political and legal theory is the common view that violence and reason are categorically opposed. Thus, violence is customarily associated with the passions and contrasted with reasoned debate and public discourse. The volume under review contests this premise in its very title: *Rationalities of Violence. Reorganizations of the State from the 19th to the*

21st Century. By casting this collection as an inquiry into *rationalities* of violence, Susanne Krasman and Jürgen Martschukat argue that the analysis of state violence ought not to remain on the level of diagnosing pathologies, but should instead investigate violence as functional for and constitutive of political order. Reasoning from an explicitly Foucauldian perspective, the editors suggest that political order cannot be presumed as given, but instead is continuously produced by everyday practices, including mechanisms of violence. Thus, the volume asks what kinds of rationalities are entangled with practices and representations of state violence.

The assembled essays explore a wide range of formations of state violence: legal violence, torture, imperial violence, sexual and gendered violence, the death penalty, homeland security and counterterrorism, the visualization of violence and warfare in film and media. One of the strengths of this book is its multi-disciplinary perspective. The contributors include philosophers, literary scholars, historians, sociologists, anthropologists, and political scientists.

Judith Butler's contribution investigates the violence of the law through a close reading of Walter Benjamin's *Critique of Violence*. She argues that positive law cannot serve as a ground for a critique of violence, and that a genuine critique needs to distance itself from juridical discourse and from the kind of legal subject the law produces. Butler's Benjaminian suspension of the law is tacitly presupposed by the other essays to the volume, which is why it is fitting that her careful philosophical analysis inaugurate the book. From a different angle, Andrew Neal explores the suspension of the law in a Foucauldian interpretation of Guantánamo and the state of exception. Neal contends that Guantánamo exhibits a regime of disciplinary power imbued with archaic and revitalized forms of spectacular sovereign power.

The exception is also the starting point for Susanne Krasmann's article on recent attempts to legitimize torture. Even though arguments for the legitimacy of torture are usually articulated in terms of a logic of an exception, Krasmann suggests that the often-cited theorists of the exception, Carl Schmitt and Giorgio Agamben, offer only partially adequate explanations of this discourse. She makes a compelling case that contemporary torture is not a sovereign act that momentarily suspends the law, but a radical erosion of the principles of the rule of law in the name of a rationality of security. The link between practices of torture and imperial warfare has a long and complex history that is often ignored in contemporary debates. Frank Schumacher provides a much-needed historical perspective on this debate, in his insightful essay on the use of torture in the Philippine-American War of 1899–1902. The political rationalities of colonial and imperial violence are also the focus of Christian Geulen's contribution. He investigates the social Darwinist discourse about race in German East Africa as biopolitical rationality and technology of government and points to some structural continuities in contemporary political discourses.

Ruth Stanley and Anja Feth examine the representation of sexualized violence in the war in Bosnia and Herzegovina in the mid-1990s. Part of the growing literature that looks critically at how feminist arguments are used to legitimize wars and military interventions, the essay effectively contests conventional views that regard the media focus on rape in ethnic wars as a success and a vindication of feminist struggles. The co-authors contend that the media representation of sexualized violence is a standard topos of war propaganda and reproduces dominant organizations of gender by reinforcing the stereotypical representation of women as needing protection by men.

Günter Riederer and Sven Kramer both approach the question of violence through the medium of film. Riederer's essay investigates the visualization of warfare and the production of images of war through a reading of Harun Farocki's film *War at a Distance [Erkennen und Verfolgen]*. Sven Kramer interprets David Cronenberg's *A History of Violence* within the framework of US discourses on homeland security. Both Kramer and Riederer's thoughful and provocative essays are among the highlights of this volume.

Alf Lüdtke discusses the violence of the state through a series of theoretical vignettes structured around the love of the state. The relation of citizens to the state is also at the center of Klaus Weinhauer's article, which carefully examines counterterrorist practices and discourses in Germany during the 1970s. Chronicling the media perceptions of the state's counterterrorism activities, Weinhauer shows how the Orwellian surveillance and policing practices encountered a limit of legitimacy and credibilty, opening the possibility for critical social movements.

The death penalty in the United States is the theme of Jürgen Martschukat's and David Garland's articles. Martschukat intervenes in the debate on the racial dimensions of the death penalty and investigates the relation between lynchings of alleged criminals by the mob and the organization of capital punishment by the state around 1900. He argues persuasively that, while violence remained the instrument through which racial boundaries were marked and reproduced, the rationality of capital punishment relies in the methodical, neat, orderly, and supposedly painless form of killing, quite unlike the bloodthirsty spectacles of lynchings. This difference is also at the heart of David Garland's essay, which turns to theoretical explanations for the death penalty in the US. Critically probing the Foucauldian account, according to which capital punishment represents an archaic holdover from a pre-modern rationality of sovereign power, Garland contends that the emphasis on spectacularity fails to capture the ways in which juridically organized, highly institutionalized, and meticulously managed killing works to mask and conceal its operations.

While most of the articles in this volume are interesting and engaging, as is to be expected in a collection of essays, not all redeem the editors' promise of thinking through *rationalities* of violence. Thus, the book only partially succeeds in delivering on the claim that formations of violence are *constitutive* of the modern state and the political order it guarantees. This shortfall, however, is more than offset by the insightful contributions. They span an impressive breadth and diversity of themes and approaches. There are two obvious drawbacks to this breadth of coverage. First, despite the editor's insistence on examining rationalities of violence in their historical specificity, the book might disappoint those who expect historical coherence. In this respect, the historical gesture of the subtitle may mislead. Second, even though some of the essays briefly venture outside the Euro-Atlantic space, the volume focuses almost exclusively on Germany and the United States. This geographical limitation is not surprising, given how such volumes usually come about (in this case, the book is the result of an interdisciplinary conference in Hamburg). However, the reader is left to wonder how an inquiry into the rationalities of violence of postcolonial states would have inflected the book's arch. Despite these misgivings, the vast majority of articles are provocative, thoughtful, and accessible to a multi-disciplinary audience, which makes this a highly engaging book that is exceptionally pertinent to the contemporary political conjuncture.

Yves Winter (Berkeley)